

Der Sack ist halb voll oder halb leer

Separat Plastik zu sammeln, macht kaum Sinn. Das besagt eine Muttenzer Studie. Doch die Frage bleibt umstritten.

Michel Ecklin

Seit Mai 2020 dürfen Muttenzer Haushalte alle zwei Wochen einen Abfallsack voller Kunststoffmüll vor ihre Türe legen. Die Gemeinde holt ihn dann ab. Damit sollen die Muttenzerinnen und Muttenzer dazu beitragen, ihre Plastikberge zu recyceln, anstatt sie mit ihrem Hauskehricht zu verbrennen.

Doch jetzt zeigt sich: Eine gute Tat vollbringen sie damit kaum. Das sagt zumindest eine Untersuchung aus, die der Gemeinderat zum Abschluss einer zweijährigen Probephase hat durchführen lassen. Das beauftragte Umweltbüro rechnet vor: Füllt eine vierköpfige Familie jeden Monat einen 35-Liter-Sack mit Kunststoffabfällen, nützt das der Umwelt gleich viel, wie wenn sie einmal auf den Verzehr von 220 Gramm Rindfleisch verzichtet.

Den gleichen Effekt hätte es, einmal mit dem Auto 50 Kilometer weniger weit zu fahren. Für diesen Nutzen muss die Gemeinde 40 000 Franken pro Jahr hinlegen, zusätzlich zu den 1.20 Franken, die jeder Sammelsack die Haushalte kostet.

Das Fazit des Muttenzer Gemeinderats ist eindeutig: Der ökologische Nutzen sei «sehr klein im Vergleich zu anderen Möglichkeiten, den persönlichen Fussabdruck zu reduzieren». Zudem weise das Projekt «eine tiefe Ökoeffizienz» auf.

Gemeinderat handelte nicht freiwillig

Solche Erkenntnisse sind nicht neu. Zu einem ähnlichen Schluss kommt eine Studie des Bundes von 2017, die den Gemeinden von einer Sammlung abrät. Die Recyclingindustrie reagierte pikiert, die Frage entzweit weiterhin Umweltverbände und Gemeinden schweizweit, auch im Baselbiet.

Umstritten ist unter anderem, wie viel des eingesammelten Stoffs Verbundplastik ist, der sich kaum recyceln lässt und deshalb in der Müllverbrennung landet. Die Birsstadt, zu der



Wie sinnvoll Plastiksammeln ist, ist auch im Baselbiet umstritten.

Symbolbild: Keystone/Alexandra Wey

Muttenez gehört, empfiehlt, auf eine separate Plastiksammung zu verzichten. Birsfelden und Binningen lehnten Vorstösse ab. In Reinach ist Ende des vergangenen Jahres eine Testphase zu Ende gegangen.

Und in Muttenez lancierte der Gemeinderat die Pilotphase nicht freiwillig. Die Gemeindeversammlung zwang ihn dazu,

aufgrund eines Vorstosses der Grünen. Diese weisen dabei auf Gemeinden hin, die erfolgreich Kunststoff sammeln, etwa Sis-sach, im Fricktal und vor allem Allschwil, an das sich der Muttenzer Versuch angelehnt hat. Soliefert man das Sammelgut in die gleiche Firma ins deutsche Rheinfelden. Allschwil motiviert seit 2016 die Haushalte

zum separaten Sammeln – obwohl man auf der Verwaltung nicht andere Erkenntnisse als in Muttenez hat. Man sieht nur eher ein halb volles und weniger ein halb leeres Glas.

«Ja, im Verhältnis zu Alu und PET ist der Nutzen der Kunststoffsammlung gering», räumt der Allschwiler Umweltbeauftragte Andreas Dill ein. «Wir ha-

«Wir erreichen das an Reduktion der Umweltbelastung, was wir können.»

Andreas Dill
Umweltbeauftragter Allschwil

ben nie etwas anderes behauptet.» Aber: «Man kann den Nutzen schlechtreden. Oder man kann sagen: Wir erreichen das an Reduktion der Umweltbelastung, was wir können.» Die Erfahrung in Allschwil zeige: Die Bevölkerung sei bereit, den Mehraufwand für die separate Sammlung zu erbringen, das solle man auch nutzen.

EU will bessere Rezyklierfähigkeit

Dem Grünen-Landrat Peter Hartmann, der den Vorstoss in Muttenez mitlanciert hat, fehlt in der Muttenzer Analyse die Zukunftsperspektive. So würden derzeit Bestrebungen laufen, ab 2023 in der Schweiz ein einheitliches Recyclingsystem für Kunststoff einzuführen. Der Druck werde auch in Muttenez steigen, etwas zu tun. «Es wäre schade, jetzt die Kunststoffsammlung zurückzufahren und danach wieder von null etwas aufzubauen.» Laut Andreas Dill ist die EU derzeit daran, Vorschriften zur Rezyklierfähigkeit von Verpackungen auszuarbeiten. «Das wird die Recyclingquote erhöhen.»

Im Juni wird der Muttenzer Gemeinderat der Gemeindeversammlung ein weiteres Vorgehen in Sachen Kunststoffsammlung vorschlagen. Dort ist für intensive Diskussionen gesorgt – und bald wohl auch in anderen Baselbieter Gemeinden.